

# S A T Z U N G

## Über die öffentliche Fernwärmeversorgung im Bebauungsplangebiet "Kreuzberg IV" in Crailsheim

Aufgrund der §§ 4 und 11 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg vom 18.05.1987 (GBl. S. 161) hat der Gemeinderat der Stadt Crailsheim am 4. Juli 1991 folgende Satzung erlassen:

### § 1

#### Öffentliche Fernwärmeversorgung

- (1) Die Stadt Crailsheim betreibt durch die Stadtwerke Crailsheim GmbH eine Fernwärmeversorgung mit Blockheizkraftwerk im Bebauungsplangebiet "Kreuzberg IV" in Crailsheim als öffentliche Einrichtung.  
Das Gebiet der Fernwärmeversorgung umfaßt die Grundstücke des Bebauungsplans "Kreuzberg IV" im Planbereich Nr. 98.4 in der Abgrenzung vom 28.02.1991.
- (2) Die Fernwärmeversorgung wird zur öffentlichen Benutzung bereitgestellt. Sie umfaßt die Versorgung mit Wärme für Heizung und Warmwasserbereitung.
- (3) Öffentliche Einrichtungen sind insbesondere das Fernheizwerk mit Blockheizkraftwerk und das öffentliche Fernwärmenetz. Zum öffentlichen Fernwärmenetz gehören die Hauptversorgungsleitungen, die Hausanschlüsse und die Hausübergabestationen.

### § 2

#### Anschlußzwang

- (1) Die Eigentümer von Grundstücken, auf denen sich Gebäude mit Räumen befinden, die mit Wärme versorgt werden sollen, sind berechtigt und verpflichtet, die Grundstücke an die öffentliche Fernwärmeversorgung anzuschließen. Ist ein Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so tritt der Erbbauberechtigte an die Stelle des Grundstückseigentümers.

Als Grundstück im Sinne dieser Satzung ist ohne Rücksicht auf Grundbuchbezeichnung jeder zusammenhängende Grundbesitz anzusehen, der eine selbständige, wirtschaftliche Einheit bildet. Befinden sich auf dem Grundstück mehrere zum dauernden Aufenthalt bestimmte Gebäude, so können für jedes Gebäude, insbesondere dann, wenn ihnen eine eigene Hausnummer zugeteilt ist, die für die Grundstücke maßgeblichen Bedingungen angewendet werden.

- (2) Von der Verpflichtung zum Anschluß an die öffentliche Fernwärmeversorgung ist der Grundstückseigentümer insoweit und solange befreit, als ihm der Anschluß wegen seines die öffentlichen Belange überwiegenden privaten Interesses an der anderweitigen Wärmeversorgung nicht zugemutet werden kann. Wer die Befreiung geltend macht, muß sie beantragen und begründen.

§ 3

Benutzungszwang

- (1) Der Wärmebedarf für Grundstücke, die dem Anschlußzwang unterliegen, ist ausschließlich durch die öffentliche Wärmeversorgung zu decken. Zur Benutzung der öffentlichen Fernwärmeversorgungsanlage sind der Anschlußnehmer und alle sonstigen zur Nutzung des angeschlossenen Grundstücks Berechtigten verpflichtet.
- (2) Vom Benutzungszwang ist insoweit und solange befreit, wem die Benutzung wegen seines die öffentlichen Belange überwiegenden privaten Interesses an der anderweitigen Wärmeversorgung nicht zugemutet werden kann. Wer die Befreiung geltend macht, muß sie begründen.

§ 4

Art der Benutzung

- (1) Für den Anschluß und die Benutzung der öffentlichen Fernwärmeversorgung gelten die Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Fernwärme (AVB-Fernwärme V) vom 28.06.1989 (BGBl. S. 742) und die ergänzenden Bestimmungen der Stadtwerke Crailsheim GmbH in der jeweils geltenden Fassung.
- (2) Die Lieferung der Wärme erfolgt an den Grundstückseigentümer oder an den Erbbauberechtigten aufgrund eines privatrechtlichen Vertrages, durch den auch das Entgelt für den Anschluß an die Fernwärmeversorgung und für ihre Benutzung geregelt wird.

§ 5

Grundstücksbenutzung

- (1) Die Grundstückseigentümer haben für Zwecke der örtlichen Versorgung das Anbringen und Verlegen von Leitungen einschließlich Zubehör zur Zu- und Fortleitung über ihre im gleichen Versorgungsgebiet liegenden Grundstücke sowie erforderliche Schutzmaßnahmen unentgeltlich zuzulassen.

- (2) Diese Pflicht betrifft nur Grundstücke, die an die Fernwärmeversorgung angeschlossen sind, die vom Eigentümer oder sonstigen Nutzungsberechtigten in wirtschaftlichem Zusammenhang mit der Fernwärmeversorgung genutzt werden oder für die die Möglichkeit der Fernwärmeversorgung sonst wirtschaftlich vorteilhaft ist. Sie entfällt, wenn die Inanspruchnahme der Grundstücke den Eigentümer mehr als notwendig oder in unzumutbarer Weise belasten würde.

§ 6

Zutrittsrecht

Der Grundstückseigentümer hat dem mit einem Ausweis versehenen Beauftragten der Stadt den Zutritt zu seinen Räumen und zu den in § 1 genannten Einrichtungen zu gestatten, soweit dies für die Prüfung der technischen Einrichtungen, zur Wahrnehmung sonstiger Rechte und Pflichten nach dieser Satzung, insbesondere zur Ableistung, oder zur Ermittlung der Grundlagen für die Gebührenbemessung erforderlich ist.

§ 7

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig i. S. des § 142 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig den §§ 2 und 3 Abs. 1 dieser Satzung zuwiderhandelt. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 1.000,-- DM geahndet werden.
- (2) Der Anschlußzwang (§ 2 Abs. 1) und Benutzungszwang (§ 3 Abs. 1) können mit den Mitteln des Verwaltungszwanges durchgesetzt werden. Dabei finden die Vorschriften des Landesverwaltungsvollstreckungsgesetzes Anwendung.

§ 8

Inkrafttreten

Die Satzung tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Crailsheim, den 18. Juli 1991  
-Stadtverwaltung-  
gez. Schlenvoigt  
Oberbürgermeister

Vorstehende amtliche Bekanntmachung  
wurde im Crailsheimer Stadtblatt vom  
18.07.1991 Nr. 29-32 veröffentlicht.  
Crailsheim, den 19.07.1991  
-Bauordnungsamt-  
gez. Bergmann